

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 144/2025

Sitzung vom 20. August 2025

795. Anfrage (Studiengänge für Nurse Practitioners und Physician Associates)

Kantonsrat Michael Bänninger, Winterthur, sowie die Kantonsrätinnen Brigitte Rööfli, Illnau-Effretikon, und Nicole Wyss, Zürich, haben am 5. Mai 2025 folgende Anfrage eingereicht:

Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen nimmt zu und zeigt seine Auswirkungen vermehrt in der Grundversorgung, namentlich der hausärztlichen und kinderärztlichen Versorgung. Wir begrüssen es daher, dass der Kanton Zürich und die Universität Zürich mehr Medizinstudierende ausbilden will. Laut FMH sind ca. 40% der in der Schweiz tätigen Ärztinnen und Ärzte im Ausland ausgebildet. Durch eine Erhöhung der Medizinstudienplätze wird diese Abhängigkeit reduziert und dem erwarteten Anstieg an Versorgungsleistungen aufgrund der demografischen Entwicklung Rechnung getragen. Aus unserer Sicht wird die Erhöhung der Medizinstudienplätze allein jedoch nicht ausreichen, um die Probleme vor allem in der Grundversorgung in den nächsten zehn Jahren zu lösen. Warum?

Zum einen brauchen Ärzte und Ärztinnen bis zum Einsatz in der ambulanten freiberuflichen Praxis ca. 12 bis 15 Jahre nach Studienbeginn. Zum anderen zeigt sich gerade in der Hausarztmedizin ein besonderer Mangel an ärztlichem Personal. Eine Studie aus dem Jahr 2019 zeigt wohl, dass 40% der befragten Medizinstudierenden daran interessiert wären, Hausärztin oder Hausarzt zu werden, und 20% sogar sagen, sie seien dazu entschlossen (Diallo et al. 2019). Tatsächlich wählen deutlich weniger Absolventinnen und Absolventen der Humanmedizin die Fachrichtungen Allgemeine Innere Medizin Hausarztmedizin bzw. Pädiatrie. Einerseits, weil es «attraktivere» Fachrichtungen gibt, andererseits wegen fehlender positiver Anreize (Mangel an Entlohnung, geringe Anerkennung bzw. Reputation, hohe Verantwortung für ein breites Wissensgebiet).

Die Grundversorgung gilt es grundsätzlich neu zu denken. Viele Probleme im Gesundheitssystem können nur über eine integrierte interprofessionelle Ausgestaltung gelöst werden, in der neue Rollen und Berufe gefördert werden. Die verbleibenden Ärztinnen und Ärzte in der Hausarztmedizin und Pädiatrie benötigen rasch eine Entlastung und Alternativen, um die Versorgung der Bevölkerung trotz Pensionierungen der Kolleginnen und Kollegen sicherzustellen. Zum Teil gibt es

schon recht erfolgreiche Modelle, auch im Kanton Zürich, in Spitälern und Praxen, wo Nurse Practitioners (eigenständig) und Physician Associates (in Delegation) eingesetzt werden.

Daher schlagen wir vor, vermehrt neue Berufe wie Nurse Practitioners und Physician Associates in der Grundversorgung einzusetzen. Sie können schneller ausgebildet werden und ermöglichen so der Bevölkerung Zugang zur Versorgung in hoher Qualität. Längerfristig tragen sie zu einem besseren Skill-Grade-Mix bei, der Zusammensetzung von Pfllegeteams aus Personen mit verschiedenen Fähigkeiten und Bildungsabschlüssen, denn nicht für alle medizinischen Dienstleistungen braucht es Ärztinnen und Ärzte. Auf diese Weise stärken wir eine integrierte interprofessionelle Versorgung.

Fragen an die Bildungsdirektion/ den Regierungsrat:

1. Plant die Bildungsdirektion bestehende Studiengänge für Nurse Practitioners auszubauen oder neue Studiengänge für Physician Associates im Kanton Zürich aufzubauen?
2. Wie kann Interprofessionalität zwischen den verschiedenen Ausbildungsstätten (Universität, Fachhochschule, Höhere Fachschule) gestärkt werden, damit die verschiedenen Berufe und neuen Rollen im Gesundheitssystem die Probleme der Grundversorgung gemeinsam effektiv und effizient angehen können?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Michael Bänninger, Winterthur, Brigitte Röösl, Illnau-Effretikon, und Nicole Wyss, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Die Beantwortung der Fragen erfolgt im Wesentlichen gemäss den Angaben der Universität Zürich (UZH) und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW).

Zu Frage 1:

Aus Sicht der Gesundheitsversorgung ist unbestritten, dass in der haus- und kinderärztlichen Versorgung ein grosser Fachkräftemangel besteht. Aus diesem Grund hat sich der Regierungsrat für die laufende Legislatur 2023–2027 im Bereich Gesundheit zum Ziel gesetzt, die integrierte Versorgung mit einem besonderen Fokus auf die hausärztliche, pädiatrische und psychiatrische Versorgung weiterzuentwickeln (Legislaturziel RRZ 4, siehe RRB Nr. 871/2023). Der Regierungsrat erachtet es daher als wichtig, dass die grossen Potenziale der Berufsprofile mit erweiterten klinischen Kompetenzen im Schnittfeld von Pflege und Medizin, die Advanced Practice Nurses bzw. Nurse Practitioners einerseits und die Physician Associates andererseits, genutzt werden.

Die ZHAW führt seit 2019 im Masterstudiengang Pflege den Schwerpunkt Nurse Practitioner. Im Unterschied dazu arbeiten Physician Associates nicht eigenständig, sondern unter der fachlichen Verantwortung von Ärztinnen und Ärzten.

Seit 2017 bietet die ZHAW Weiterbildungsprogramme im Rahmen von Certificate of Advanced Studies (CAS) für klinische Fachspezialistinnen und Fachspezialisten an, seit 2020 auch den Master of Advanced Studies (MAS) in Physician Associate Skills. Diese Programme richten sich an erfahrene Gesundheitsfachpersonen – in erster Linie aus der Pflege, aber auch an Physiotherapeutinnen und -therapeuten sowie Rettungsanesthetikerinnen und -anesthetiker.

Die Nutzung bzw. der Ausbau des vorhandenen Potenzials im Bereich der erweiterten Pflegeaufgaben im Sinne der Anfrage setzt voraus, dass zuerst die rechtlichen Grundlagen, die Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die Verantwortung klar festgelegt werden. Auch die Bezahlung und die Finanzierung der Leistungen müssen verbindlich geregelt sein, damit diese neuen Rollen dauerhaft im Gesundheitssystem verankert werden können. Für beide Berufsprofile werden derzeit entsprechende Abklärungen getroffen.

Auf nationaler Ebene ist im Rahmen der zweiten Etappe der Pflegeinitiative «Für eine starke Pflege» eine Anpassung des Gesundheitsberufegesetzes (SR 811.21) vorgesehen. Ziel dieser Gesetzesrevision ist es, einen Masterstudiengang für Pflegefachpersonen mit erweiterten Aufgaben einzuführen und gleichzeitig die gesetzlichen Voraussetzungen für deren Berufsausübung zu schaffen. Damit soll die Rolle der Pflege gezielt gestärkt, die Versorgung der Bevölkerung gesichert und dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen wirksam begegnet werden.

Für die Bewilligung eines möglichen Ausbaus bestehender Studiengänge für Advanced Practice Nurses oder eines neuen Studiengangs für Physician Associates an der ZHAW ist der Zürcher Fachhochschulrat zuständig (vgl. § 10 Abs. 4 lit. b Fachhochschulgesetz, LS 414.10). An der UZH liegt die Verantwortung für die Ausgestaltung des Studienangebots bei den Fakultäten, insbesondere durch den Erlass von Studienordnungen. Die Universitätsleitung koordiniert und genehmigt das Studienangebot im Rahmen der gesamtuniversitären Planung (vgl. § 24 Universitätsgesetz, LS 415.11).

Zu Frage 2:

Die Stärkung der Interprofessionalität sowohl zwischen den verschiedenen Ausbildungsstätten als auch innerhalb einzelner Institutionen wird unter anderem durch politische Unterstützung sowie durch eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit der Strategieorgane wie dem Fachhoch-

schulrat oder dem Universitätsrat gezielt gefördert. Diese Zusammenarbeit zeigt sich beispielsweise in gemeinsamen Modulen, Lehrveranstaltungen und interprofessionellen Praxisprojekten.

Seit 2019 wird unter Mitwirkung der sechs Institutionen Careum Bildungszentrum, Careum Stiftung, UZH, Universitätsspital Zürich, Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen und ZHAW in verschiedenen Spitälern und Gesundheitseinrichtungen das Konzept der Zürcher interprofessionellen klinischen Ausbildungsstation umgesetzt. Dabei betreuen Studierende unterschiedlicher Gesundheitsberufe unter Supervision reale Patientinnen und Patienten und lernen dabei gemeinsam im klinischen Alltag. Durch diese Zusammenarbeit haben Universität, Fachhochschule und Höhere Fachschule gemeinsam mit den Praxisorten eine neue Richtung in der Bildung im Gesundheitswesen eingeschlagen.

Die ZHAW hat ferner am Departement Gesundheit ein Curriculum für alle Gesundheitsberufe in den Bachelorstudiengängen entwickelt, welches interprofessionelle Lehre im Umfang von 30 ECTS-Punkten (European Credit Transfer System) umfasst. Auch die Masterstudiengänge sind in einigen Modulen interprofessionell verzahnt. Ergänzend dazu finden interprofessionelle Lehrformate in Zusammenarbeit mit der UZH statt, insbesondere anlässlich der Fokuswoche Vernetzung. Im Rahmen der Reform des Medizinstudiums an der UZH, das Teil des Projekts Med500+ ist, wird das Arbeiten in interprofessionellen Teams noch stärker betont und als zentrales Element der Ausbildung verankert. Darüber hinaus pflegen die ZHAW und die UZH einen regelmässigen Austausch auch zu neuen Berufsprofilen mit erweiterten klinischen Kompetenzen an der Schnittstelle von Pflege und Medizin, um bestehende und zukünftige interprofessionelle Ausbildungsstrukturen gemeinsam weiterzuentwickeln und zu evaluieren.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli